Ist das richtig?

Unsere Tochter Ingrid arbeitet seit September 1963 im VEB Möbelstoff- und Plüschweberei Karl-Marx-Stadt, Abteilung Absatz (Musterzimmer). Sie war im November 18 Jahre. Sie war vom ersten Schultag an Pionier, ging mit 14 zur FDJ und war im gesellschaftlichen Leben immer aktiv.

Da wir beide über 35 Jahre in der Partei sind, kennt sie vom Elternhaus Kleinarbeit in der Partei; sie hat schon immer welche übernommen (Einladungen austragen u. a.). Das tat sie stets zur Zufriedenheit. Ihr Wunsch war immer: Wenn ich groß bin, gehe ich in die Partei. Dabei wurde sie von uns unterstützt. Jetzt arbeitet sie ein Drei Vierteljahr im Betrieb, und als sie 18 Jahre war. wollte sie Kandidat werden. Wir haben ihr gesagt, sie solle noch ein Weilchen warten, bis man sie im Betrieb besser kennt. Aus Anlaß der diesjährigen Parteiwahlen gab sie dann ihren Auinahmeantrag mit Lebenslauf, zwei Bürgschaftserklärungen von Genossinnen aus dem Wohngebiet, die sie von Kind auf kennen, und ein paar Zeilen von uns, den Eltern, ab.

Im März waren die Parteiwahlen. Mitte Juni hatte Ingrid noch keinen Bescheid. Auf Anfragen wurde sie vertröstet. Ich erfuhr so hintenrum von einem Genossen, daß man die Aufnahme um ein Jahr hinausschieben wollte. Der Parteisekretär bestätigte mir das. Grund: Sie sollte noch etwas reifer werden. Wir vereinbarten eine Aussprache mit dem Parteisekretär und einem Genossen aus der APO Verwaltung (Parteigruppe Ökonomie), weil wir damit nicht einverstanden sind.

Es stellte sich heraus, daß es erst keine Bedenken gegeben habe, daß auch Genossen, die Ingrid seit ihrer Kindheit kennen, für sie gesprochen haben. Doch sie solle nur reifer werden. Da ich aber selbst der Partei viele junge Kader gewonnen habe, meine ich, wir können doch nicht verlangen, daß ein junger Mensch den Marxismus-Leninismus kennt. Man kann aber einen Paten für ihn festlegen, der den jungen Genossen betreut. Ich bin nach Jahren noch mit einigen der von mir gewonnenen Genossen in Verbindung. Dazu muß man aber ein wenig Zeit opfern. Diese meine Kritik erkannten die Genossen der Parteileitung an, sie wollen in dieser Hinsicht einiges nachholen. Damit war der Fall für sie abgeschlossen.

Wie es aber bei einem so jungen Menschen dann aussieht, ob sich das Vertrauen so schnell wiederherstellen läßt, ist eine andere Frage. Ingrid stellte sich die Frage, was sie denn falsch gemacht habe. Wir glauben aber, hier hat die Parteigruppe etwas falsch gemacht. Wir werden, da wir Genossen sind, unser Kind weiter günstig beeinflussen. Wie aber, wenn die Eltern in so einem Fall parteilos sind? Lenin hat einmal gesagt, es lohnt sich, um jeden Menschen zu kämpfen. Vielleicht sollte man einmal im „Neuen Weg“ dazu Stellung nehmen?

Erna Schmidt
Sekretär der WPO 171j
Karl-Marx-Stadt

Wir stellen diesen interessanten Brief zur Diskussion, weil uns scheint, daß Genossin Schmidt eine wichtige Frage, nämlich die nach der Arbeit mit unseren jungen Menschen, den Hausherren von morgen; angeschnitten hat. Wir meinen, daß hierzu nicht nur die betreffende Parteigruppe des VEB Möbelstoff- und Plüschweberei Karl-Marx-Stadt etwas zu sagen hat.
Die Redaktion

Vertragsabsdilüsse müssen in Ordnung sein

An der Stadtgrenze von Frankfurt (Oder) geht zur Zeit einer der wichtigsten volkseigenen Betriebe unserer Republik — der VEB Halbleiterwerk Frankfurt (Oder) — seiner Vollendung entgegen. Dieser Betrieb bildet die Grundlage für die Produktion modernster Regel-, Meß-, Nachrichten- und Fernsehgeräte und hilft, den umfassenden Aufbau des Sozialismus auf dem Gebiet der modernen Technik in der DDR voranzutreiben.

Als Hauptauftragnehmer Bau ist auf dieser Baustelle das VE Bau- und Montagekombinat Ost tätig, dessen Arbeit und Leistung mit ausschlaggebend für die termingerechte Durchführung des Investitionsvorhabens und somit für die weitere Bereitstellung der geplanten Kapazitäten zur Produktion von Halbleiterbauelementen ist. Aber nicht immer verlief die Baudurchführung reibungslos, und es gab Anfang 1964 wieder Rückstände. Außerdem war der Vertragsabschluß zwischen dem Investitionsträger und dem Baubetrieb noch ungenügend, was darin zum Ausdruck kam, daß am 31. Januar 1964 nur 6,7 Prozent der Plansumme für 1964 im Bauanteil vertraglich gebunden waren.

Eine Belebung auf der gesamten Baustelle trat ein, als sich die Betriebsparteiorganisationen des Investitionsträgers und des Baubetriebes zusammensetzten und darauf hinwiesen, daß es auf die Initiative jedes einzelnen und auf die dauernde Bereitschaft aller ankommt, um das volkswirtschaftlich wichtige Investitionsvorhaben termingerecht fertigzustellen. Wie mobilisierend dieses Signal der Partei der Arbeiterklasse wirkte, zeigte sich